

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

31. Sitzung
8. November 2018

Beginn: 13.02 Uhr
Schluss: 17.42 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).
- Die Vorsitzende begrüßt als neues Mitglied Herrn Abg. Weiß (AfD), der den Platz von Frau Abg. Bießmann einnimmt, die aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen worden ist.
- Da Frau Abg. Bießmann das Amt der stellvertretenden Schriftführerin innehatte, ist das Amt neu zu besetzen.

Die vorschlagsberechtigte AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Tabor (AfD) für das Amt des stellvertretenden Schriftführers vor.

Der Ausschuss wählt Herrn Abg. Tabor (AfD) einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum stellvertretenden Schriftführer.

Herr Abg. Tabor (AfD) nimmt die Wahl an.

- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung der Sitzung entsprechend der Mitteilungen zur Einladung vom 25. und 29. Oktober 2018 zu ergänzen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) berichtet insbesondere über die Einrichtung einer neuen Abteilung IV – Schulische Berufliche Bildung – bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, über die Kooperation mit der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem und über die Kooperation mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Durchführung eines Inspektionsverfahrens an der Polizeiakademie sowie über die Kultusministerkonferenz vom 11. und 12. Oktober 2018. Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) beantwortet in diesem Zusammenhang Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1398

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften**

[0191](#)
BildJugFam(f)
Haupt
KTDat

– **Vorabüberweisung** –

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Ausschuss für Kommunikationstechnologie und Datenschutz hinzugeladen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs. Da bereits für die kommende Sitzung die Auswertung der Anhörung samt Beschlussfassung über die Vorlage vorgesehen ist, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Präsidenten um die Genehmigung der vorrangigen Erstellung des Wortprotokolls durch den Stenographischen Dienst zu bitten.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Dr. Claudia Federrath, Referatsleiterin für das Resort Senatskanzlei, Jugend und Familie, Datenschutz als Bildungsaufgabe der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- Herr Robert Giese, Vorsitzender des Landesverbands Berlin der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.,

- Frau Prof. Marion Hundt, Professorin für öffentliches Recht der Evangelischen Hochschule Berlin,
- Frau Katrin Schultze-Berndt, Bezirksstadträtin für Bauen, Bildung und Kultur des Bezirksamtes Reinickendorf von Berlin,
- Frau Isabella Vogt-Schwarze, Vorsitzende des Landesschulbeirates Berlin.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|---|---|
| a) Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0629
Digitalisierungsoffensive für Berliner Schulen:
Schulen nicht weiter ins Hintertreffen geraten
lassen! | 0103
BildJugFam(f)
Haupt
KTDat |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand Digitalisierung an Berufsschulen und
Umsetzung des KMK-Beschlusses „Berufliche
Schulen 4.0“ in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der FDP) | 0117
BildJugFam |
| c) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1127
Fortschreibung des „eEducation Berlin
Masterplans“: eine Gesamtstrategie zur
Digitalisierung an Berliner Schulen und
Hochschulen | 0176
BildJugFam(f)
KTDat |
| d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Digitale Bildung an Berliner Schulen: Aktuelle
Situation, Probleme, Perspektiven
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) | 0113
BildJugFam |
| e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Digitalisierung der Berliner Schulen: Aktueller
Stand und Entwicklungsnotwendigkeit
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0190
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Dem Ausschuss liegt zu Punkt 3 a) der Änderungsantrag der Fraktion der FDP als Tischvorlage vor (Anlage 1).

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Antrag und den Änderungsantrag zu Punkt 3 a) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b).

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Antrag zu Punkt 3 c).

Frau Abg. Dr. Czyborra (SPD) verzichtet auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 d) für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Czaja (CDU) verzichtet ebenfalls auf die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 e).

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Ines Fiedler, Vorständin des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ Berlin),
- Frau Dr. Doris Hellmuth, Kommissarische Schulleiterin des John-Lennon-Gymnasiums,
- Frau Anne Neidhardt, Vertreterin des Bereichs Fachkräfte und Innovation der IHK Berlin,
- Herr Prof. Dr. Sebastian Schädler, Professor für Gestaltungspädagogik an der Evangelischen Hochschule Berlin,
- Frau. Dr. Melanie Stilz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Berufliche Bildung und Arbeitslehre der Technischen Universität Berlin.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin
Drucksache 18/1238
„Unsere Schulen“

[0179](#)
BildJugFam
Haupt(f)

Dem Ausschuss liegt eine schriftliche Stellungnahme der Volksinitiative „Unsere Schulen“ vor.

Dem Ausschuss liegt außerdem folgender Antrag vor:

- Entwurf der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für eine Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss (Anlage 2).

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet den Antrag für die antragstellenden Fraktionen.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP angenommen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0005](#)
BildJugFam
Schulsanierung und Schulneubau – Zukünftige Rolle der Bezirke als Schulträger bei Schulsanierung und Schulneubau
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- b) Antrag der Fraktion der CDU [0121](#)
BildJugFam(f)
Haupt
StadtWohn
Drucksache 18/0775
Sprinter-Paket Schulsanierung und Schulneubau

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.06.2018

- c) Antrag der Fraktion der FDP [0102](#)
BildJugFam
Haupt(f)
InnSichO
StadtWohn*
Drucksache 18/0626
Verantwortung zentralisieren – Bezirke unterstützen – Schulen sanieren

Hierzu:

- Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion der FDP [0102-1](#)
BildJugFam
Haupt(f)
InnSichO
StadtWohn
Drucksache 18/0626-1
Verantwortung zentralisieren – Bezirke unterstützen – Schulen sanieren

Dem Ausschuss liegt zu den Punkten 5 a) und 5 b) das Wortprotokoll der Sitzung vom 21. Juni 2018 vor.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 5 b) keine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen vorliegt und insoweit Fristablauf gemäß § 32 Abs. 2 S. 5 GO Abghs eingetreten ist, so dass der Ausschuss ohne das Vorliegen einer Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses diesen Antrag abstimmen kann.

Dem Ausschuss liegt zu Punkt 5 c) die Stellungnahme des ebenfalls mitberatenden Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen vor. Dieser Ausschuss empfiehlt mit Stellungnahme vom 21. März 2018, den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD gegen die Stimme der Fraktion der FDP abzulehnen.

Der Besprechungsbedarf und der Antrag zu den Punkten 5 a) und 5 b) wurden bereits in der Sitzung vom 21. Juni 2018 durch Herrn Abg. Czaja (CDU) begründet.

Herr Abg. Fresdorf (FDP) begründet den Antrag zu Punkt 5 c).

Herr Abg. Kerker (AfD) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 5 c).

Der Ausschuss verzichtet einvernehmlich auf die Beratung zu den Punkten 5 a), 5 b) und 5 c).

Anschließend beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 5 a):

Die Besprechung wird abgeschlossen.

Zu Punkt 5 b):

Der Antrag – Drucksache 18/0775 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Zu Punkt 5 c):

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 18/0626 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Situation junger Geflüchteter an
Oberstufenzentren: Zugänge,
Geschlechtergerechtigkeit und Sprachausbildung
sowie Übergänge in Ausbildung**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0040](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 24.05.2018

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Sitzung vom 24. Mai 2018 vor.

Der Besprechungsbedarf wurde bereits in der Sitzung vom 24. Mai 2018 durch Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet.

Im Anschluss an die Beratung in deren Rahmen Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (32.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 22. November 2018 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck

FDP-Fraktion Berlin

Änderungsantrag zur Drs. 18/0629 „Digitalisierungsoffensive für Berliner Schulen...“

Hiermit werden folgende Änderungen beantragt:

1.)

In dem Absatz „Neben der schrittweisen, flächendeckenden Versorgung...“ wird nach „Konzept für eine zentrale IT-Steuerung und -Koordinierung aller allgemeinbildenden“ eingefügt: „**und beruflichen**“

2.)

Nach dem Absatz „Neben der schrittweisen, flächendeckenden Versorgung...“ wird der Antragstext ergänzt:

„Zudem wird der Senat aufgefordert, die für die Projekte zum Ausbau der Breitbandanbindung von beruflichen Schulen eingeplanten Mittel in Höhe von 1 Million Euro einzusetzen, um eine Breitbandversorgung von mindestens 200 Mbit/s bzw. 1 Gbit/s je Berufsschule zu erreichen. Dazu müssen die Kapazitätsengpässe bei den IT-Infrastrukturmaßnahmen müssen behoben werden.

Des Weiteren wird der Senat aufgefordert, zu prüfen, inwieweit einzelne Schulen im Rahmen des Breitbandförderprogramms des Bundes gefördert werden können. Der Senat soll die Schulen bei der Mittelbeantragung unterstützen und wenn nötig als Koordinierungsstelle die Antragstellung im Rahmen der Infrastrukturvorhaben bündeln.“

Entwurf einer Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen

zur Volksinitiative gemäß Art. 61 Abs.1 VvB, „Unsere Schulen“

18/1238

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nimmt die Anliegen der Volksinitiative „Unsere Schulen“ zur Kenntnis und begrüßt das zivilgesellschaftliche Engagement der Antragstellenden zum Erhalt und zum Ausbau der Berliner Schulen. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie stellt fest, dass mit den durch den Senat beschlossenen Maßnahmen zur Schulbauoffensive ihre Ziele am besten erreicht werden können. Die Bezirke bleiben Schulträger und werden finanziell und personell gestärkt. Die Aufgabenverteilung zwischen Senat, Bezirken, HOWOGE und BIM trägt wesentlich dazu bei, dass Sanierungs- und Baumaßnahmen im erforderlichen Umfang zügig umgesetzt werden können. Durch diese Entlastungsmaßnahmen, von denen insbesondere die Bezirke profitieren, kann der Prozess transparent gestaltet und die optimierte Durchführung gewährleistet werden. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie begrüßt, dass die HOWOGE den Bedarfsträger unterstützen wird.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie begrüßt aus seiner Sicht insbesondere, dass die HOWOGE sowohl die pädagogischen und ökologischen als auch die Partizipationsleitlinien für die Beteiligung von Planungsbetroffenen der Schulbaumaßnahmen einhalten und zügig umsetzen wird, die von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie federführend erarbeitet und vorgegeben werden. Die aktuelle Planung zur Schulbauoffensive bietet dafür eine gute Grundlage.